Sozialdemokratischer Pressedienz

Actuageler und Cheftstellur: Grid Alfringhaus, Berlin. Dendruder: Ami Birdoff 4000/4190



Anffelf für Berleg und Schrifteltung Burlin G. 2014, Brite : Wiener : Plat (Braftenferif: Copalitus)

to the first of the control of the c

Bottle, des 17. De sember 32

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Die Drachentöter.

ie "zi lie "Korruption" bekämpfen.

SPD. "Fort mit dem korrupten System, nieder mit der Korruption", mit diesem Leim sind die "Erneuerer Deutschlands" jahrelang auf den Gimpelfang gewogen. Wer ihre Presse las, wer ihre Reden hörte, konnte die Ueberzeugung gewinnen, die republikanischen Parteien, die Sozialdemokratie, ihre Führer und Anhänger seien eine einzige Gesellschaft von Verbrechern, Dieben und Korruptionisten. Keine Versammlung, in der nicht die Nazi=Agitatoren den "Systemparteien" den Galgen und die hundertmal verdiente "Nacht der langen Messer" angekündigt hätten. Bis zur Siedehitze wurden die Versammlungsbesucher aufgepeitscht und die Reinigung im nahen "Dritten Reich" versprochen.

Inzwischen waren die Ausmister nicht müssig. So oft sich ein Wahlters min am deutschen Himmel abzeichnete, desto eifriger wurde in den Parlamensten "enthüllt", desto mehr wurden Untersuchungsausschüsse gefordert und einsgesetzt. Das war vor allem im Preussischen Landtag. Als Spezialisten für Korruption it sich die phussische Mazifraktion ihren Advokaten Roland Freisler, den Mann mit dem teutonischen Namen ausgesucht. Er hat in Sowjetsrussland als bolschewistischer Lebensmittelkommissar sein Gesellenstück absgelegt. Von Korruption dürfte er nach seiner Vergangenheit also in der Tat schon etwas verstehen.

Mit Schaum vor dem Mund sprang dieser Nazi-Roland aus Kassel am 24.

Juni auf das Podium des preussischen Landtags, um den Abgeordneten über eiz ne "ungeheuerlichste Korruptionsäffäre" zu berichten. Der Vizepräsident der Berliner Polizei, Bernhard Weiss, sei an gewerbsmässigen Spielhöllen betei ligt. Er spiele nicht nur selbst, er verhindere nicht die Aushebung dieser Brutstätten des Unglücks und des Betrugs, er korrumpiere nicht nur die Pozizeibeamten, sondern er beziehe Millionengewinne aus den Spielsälen. Das Berliner Naziblatt füllte tagelang ganze Seiten mit diesen "Enthüllungen" und erwähnte "nebenbei", Vizepräsident Weiss werde auch vom Liebhaber sein ner Frau ausgehalten. Ein "Chikago=Ausschuss Bernhard Weiss", von den Nazis im Preussischen Landtag durchgesetzt und so benannt, sollte "diese schlämm= ste Korruptionsaffäre der Republik und der marxistischen Bonzen" rüfen.

Anfang Juli wurden die dem Ausschuss angehörenden Abgeordneten aller Parteien zu einer ersten Sitzung eingeladen. Alle kamen, nur nicht die Verstreter jener Partei, die die Korruption mit Stumpf und Stiel ausrotten will: die Nezis! Der Ausschuss musste sich deshalb bis nach den Reichstagswahlen vertagen. Im August war die zweite Sitzung. Diesmal hatten die Reiniger Deutschlands Vertreter entsandt. Nur konnte nicht verhandelt werden. Die Artikel des Berliner Naziblattes hatten eine Beleidigungsklage von Weiss zur

Folge. Die Gerichtsakten konnten deshalb dem Ausschuss nicht zur Verfügung gestellt werden. Es musste der Ausgang des Verfahrens gegen die Nazire dakteure abgewartet werden.

Im September wurde der verantwortliche Schriftleiter des Berliner Nazi=
Blattes wegen Beleidigung des Polizeivizepräsidenten Weiss zu vier Monaten
Gefängnis verurteilt. Der Führer der Nazifraktion des preussischen Landtages
schrieb zwei de= und wehmütige Entschuldigungsbriefe an den Vizepräsidenten
Weiss, in denen Kube für die erbärmlichen und erlogenen Schmähungen der Nazi=

Im November war wiederum eine Sitzung des "Chikago-Ausschusses". Das Gerichtsverfahren war beendet. Die Akten lagen auf dem Tisch. Ein neues Wunschussen: Der Naziberichterstatter Schmidt-Potsdam hatte "Mandelentzündung" beskommen, und weil er auch das Material noch nicht genügend durchgearbeitet hatte, baten die Nazis den Ausschuss noch einmal zu vertagen. Am 14. Dezemsber rief der sozialdemokratische Vorsitzende wiederum den "Chikago-Ausschuss" zusammen, damit endlich Preussen gesäubert werden konnte. Als erster meldete sich ein Nazivertreter zu Wort und teilte im Namen seiner Pg. mit: Schmidt-Potsdam habe sein Amt als Berichterstatter niedergelegt. Der Vorsitzende fügste hinzu, dass Schmidt das Material und die Akten nicht einmal angefordert

und durchgeblättert habe.

Das waren annähernd sechs Monate Korruptionsbekämpfung, vom 24. Juni bis 14. Dezember. Im Januar soll das Theater weitergehen. Aber schon jetzt steht ausser jeden "weifel, dass auch dus Korruptionsgeschrei der Nazis nichts anderes ist als Bluff und Lüge. was übrig bleibt ist der von Otto

Strasser enthullte stinkende Sumpf im Hause Hitler.

SPD. Dresden, 17.Dez.(Eig.Drahtb.)

Der <u>Dresdener Stadtrat</u> teilt mit: Nachdem es gelungen ist, die erforder=
lichen Mittel bereitzustellen, werden die Einlösungsstellen in den nächsten
Tagen über entsprechende Beträge zur vollen Auszahlung der Oktober= und No=
vember=Zinsscheine, die bisher nicht eingelöst werden konnten, sowie zur teil=
weisen Einlösung der Dezember=Zinsen von Schuldverschreibungen der Stadt
Dresden, verfügen.

Die württembergische Regierung wird im Reichsrat ebenfalls gegen die vom Reichstag beschlossene Amnestie Einspruch erheben. Sie setzt sich damit in Widerspruch zu der Mehrheit des württembergischen Landtags, die sich am Dienstag für die kommunistischen und nationalsozialistischen Anträge auf Zustimmung zu dem Amnestiegesetzentwurf einsetzen dürfte.

SPD. Dresden, 17.Dez. (Eig.Drahtb.)

Die sächsische Regierung hat dem sächsischen Landtag am Sonnabend eine Vorlage über die Gewährung von Straffreiheit in Sachsen unterbreitet.

Straffreiheit soll danach verfügt werden für Straftaten, die aus positischen Beweggründen und für solche, die aus Anlass wirtschaftspolitischer Kömpfe begangen wurden. Amnestiert werden jedoch nur Freiheitsstrafen bis zu

Kämpfe begangen wurden. Amnestiert werden jedoch nur Freiheitsstrafen bis z fünf Jahren. Strafen von längerer Dauer werden zunächst um fünf Jahre ver= mindert; der Rest-soll um die Hälfte herabgesetzt werden. In diesem Falle tritt an die Stelle von Zuchthaus Gefängnis von gleicher Dauer. Bei Strafteten, die infolge wirtschaftlicher Not des Täters oder seiner Angehörigen begangen worden sind, wird Straffreiheit gewährt, wenn der Täter bei Begehung der Tat nicht oder nur mit Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten innerhalb der letzten zehn Jahre bestraft war.

Der Landtag wird die Amnestievorlage am Dienstag verabschieden.

SPD. Neuerdings wird eine gefährliche <u>Uniformierung des deutschen</u>
<u>Filmwesens</u> in Hugenbergs Hand vorbereitet, die ein deutsches <u>Ufa=Monopol</u>
zum Ziele hat.

Die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie genannt Spio, die unter starken Einfluss der Ufa steht, beschloss kürzlich einen Generalplan, für den zurzeit Zustimmungserklärungen im deutschen Filmgewerbe gesammelte werden. Dieser Generalplan sieht eine Zwangsregelung der deutschen Filmprose duktion unter Verminderung auf etwa zwei Fünftel ihres bisherigen Umfanges vor und eine zentralisierte Finanzierung dieser kontingentierten Produktion von einer Kreditstelle aus. Als Hintermänner dieser Stelle hätten selbsten verständlich Syndici des Hugenberg-Konzerns zu fungieren. Die Konzentration soll alle drei Arten des Filmgewerbes Produktion, Verleih= und Lichtspiel= theater umfassen. Nach Verwirklichung dieses Generalplanes würden alle Fir= men, die sich ihm nicht unterwerfen, boykottiert werden.

Die ersten Widerstände gegen dieses verschleierte Ufa=Monopol regen : sich bereits in der Süddeutschen Filmindustrie, da man von dieser Einengung der freien Filmwirtschaft eine unerträgliche Beeinträchtigung der künstle= rischen Entwicklung des Filmes befürchtet. Im Vordergrund der Opposition steht u.a. die bayerische Landesfilmbühne, ein vom bayerischen Staat und ei= ner grossen Anzahl bayerischer Städte eingerichtetes gemeinnütziges Unter= ____

nehmen zur Förderung und Pflege des guten Films.

SPD. Breslau, 17.Dez. (Eig.Drahtb.)

Der Bunzlauer Landrat Köhne hat der Sozialdemokratischen Partei den Rücken gekehrt. Die bürgerliche Presse klatscht ihm natürlich Beifall.

Köhne war in letzter Zeit wiederholt mit der Sozialdemokratischen Ortsegruppe in Bunzlau in Konflikt geraten. Neuerdings hatte er in der Frage der Wöhlfahrtswerbslosenfürsorge einen so schroffen Standpunkt vertreten, dass die Gegnerschaft der SPD unvermeidbar wurde.

SPD. "Irrsinnige Lügen der Judenpresse" schreit am Sonnabend die Maultrommel der Berliner Nazis, der "Angriff". Angetan hat es Herrn Goebbels die
Nächricht von dem katastrophalen Mitgliederschwund in der Naziparteiund den
12 Millionen Schulden der Braumen Häuser.

"Yon A bis Z erlogen!", mauschelt das Berliner Naziblatt im schönsten Deutsch "im Gegenteil hat die Partei auch in den letzten Wochen noch einen namhaften Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Allein in Berlin laufen noch immer monatlich viele Tausende von Beitrittserklärungen ein. Die Lüge von den angeblichen "Riesenschulden" der Partei wurde erst vor wenigen Tagen parteiamtlich dementiert, was die Journaille natürlich nicht hindert, sie ere naut aufzutischen."

das Kunststück zustande gebracht, aus der schweren Niederlage der Nazis el

nen Nazisieg, und aus dem katastrophalen Stimmenverlust einen Stimmengewing zu zaubern. Nicht mehr lange, und die braunen Volksbetrüger werden behaupten, die an allen Strassenecken fechtenden SA=Leute seien nicht zum Nehmen aufge= stellt, sondern zum Geben.

SPD. Stockholm, 17. Dez. (Eig. Drahtb.):
Torsten Kreuger wurde am Sonnabend wegen Konkursvergehens, falscher Buch=
führung und fortgesetzten Betruges an der Allgemeinheit zu drei Jahren sechs
Monaten Zwangsarbeit und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Torsten Kreuger
ist der Bruder Ivars.

SPD. Halle, 17.Dez.(Eig.Drahtb.)

Hitler weilte am Sonnabend in Halle, um den Oppositionsbrand zu löschen und neue Treuschwüre einzusammeln. Alle Amtswalter des Gaues waren versammelt. Gregor Strasser galt bisher als "beurlaubt". In Halle sagte der Oberosaf, Gregor Strasser sei bestraft worden. Im ersten Konflikt mit den Brüdem Strasser habe er grosse Milde walten lassen, obwohl durch das Verhalten Otto Strassers die Parteiorganisation grossen Schaden erlitten hätte. Umso härter müsse jetzt gestraft werden. Nur sein Wille gelte in der Partei.

Als sich Hitler dann von jedem Amtswalter ewigen Gehorsam in die Hand schwören liess, prügelten sich oppositionelle SA= und SS=Leute mit Hitler=treuen. Die Opposition hatte sich gewaltsam Eintritt in den Saal verschafft.

SPD. Paris, 17.Dez. (Eig.Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion lehnte am Sonnabend das Angebot Paul

Boncours, in eine von ihm zu bildende Regierung einzutreten, ab.

Kammerfraktion sein Programm auseinander. Er erklärte sich im Grunde mit dem von dem sozialistischen Parteikongress Anfang Juni aufgestellten Programm, das Herriot abgelehnt hatte, einverstanden, machte aber in verschiedenen Punkten erhebliche Einschränkungen. So lehnte er z.B. die sofortige "massive Herabsetzung" der Rüstungen ab, bevor nicht eine organische Reform des französischen Heeres durchgeführt und eine internationale Verständigung über die Abrüstung erzielt sei. Auch das Verbot des Waffenhandels und die Einführung der 40=Stundenwoche mache er von einer internationalen Regelung abhängig. Die Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften und der französischen Eisenbahnen erklärte er für den Augenblick als undurchführbar, da sie zu grosse Geldmittel erfordern würden. Nur die Kontrolle der Banken und den Verzicht auf die in dem Budgetentwurf der Regierung Herriot vorgesehene Herabsetzung der Beamtengehälter wollte er sofort zugestehen.

Die sozialistische Kammerfraktion hielt das Programm für ungenügend und beschloss nach lebhafter Debatte eine Delegation zu Boncour zu entsensten, die ihn ersuchen sollte, sein Programm in verschiedenen Punkten zu präsisieren. Paul Boncour erklärt der Abordnung, die aus Léon Blum, Renaudel, Vincent Auriol und Lebas bestand, er sei nicht in der Lage, nähere Erklärungengabzugeben, da er seine volle Handlungsfreiheit behalten wolle. Angesichts dieser ablehnenden Haltung kam die sozialistische Kammerfraktion zu dem Beschluss, ihren Eintritt in ein Kabinett Paul Boncour abzulehnen. Sie fügt diese Beschluss jedoch hinzu, dass sie der Bildung eines bürgerlichen Links-

kabinetts unter der Führung Paul Boncours sympathisch gegenüberstehe. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, dass Paul Boncour die Regierungsbildung gelingen wird.

SPD. Torgau, 17. Dez. (Eig. Drahtb.) Der SA=Truppführer Th. Kroll, der bei Rhena im Kreis Torgau mit einer 🤃 Schusswunde tot aufgefunden wurde, hat sich, wie amtlich festgestellt ist, durch einen Revolverschuss das Leben genommen. Streit und Zwist mit der Nazi= partei sind die Ursachen dieses Selbstmordes.

5 SPD. Die Reichsregierung hat die Bestimmungen über die Winterhilfe im= mer noch nicht fertiggestellt. Sie hat am Sonnabend mehrere Stunden über ihr Winterhilfe=Programm gesessen, aber Beschlüsse nicht gefasst. Die Beratungen solden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Man hofft, dass sie noch vor

Weihnachten abgeschlossen und wirksam gemacht werden können.

Am Dienstag oder Mittwoch wird die Reichsregierung eine Verordnung des Reichspräsidenten "zur Förderung des inneren Friedens" bekanntgeben. In die= se Verordnung werden einige Bestimmungen aus dem Republikachutz-Gesetz, das am 31. De zember abläuft, und einige Bestimmungen aus der Terrornotverordnung: übernommen. Es bleibt bei den besonderen Strafen für verabredete terrori= stische Gewalttaten, ebenso bei den Strafen für Beschimpfungen des Reichspräsidenten, der Staatsreform, der Reichsfarben und der Wehrmacht. Dagegen fal= len die Ausnahmebestimmungen gegen die Presse fort, insbesondere Auflagenach= richten; ebenso soll der Burgfriede nicht über den 2. Januar 1933 hinaus ver=

längert werden. Die Sondergerichtsbarkeit soll praktisch abgebaut werden.
Die Reichsregierung beabsichtigt für den Fall, dass die Wiederherstel= lung der Presse= und Demonstrationsfreiheit von den radikalen Parteien miss=1 braucht werden sollte, den Erlass einer neuen Verordnung, die hinsichtlich

der Strafen über die bisherigen Bestimmungen hinaus gehen dürfte.

SPD. Paris, 17.Dez. (Eig.Drahtb.)

Die deberschwemmung in der Gegend von Perpignan nimmt immer grössere Ausdehnung an, da der Regen andauert. In Perpignan selbst sind die Wasser= werke wegen Ueberschwemmung ausser Betrieb gesetzt sodass sich die ganze Stadt an den vorhandenen Brunnen mit Trinkwasser versorgen muss. Auch die lokalen Eisenbahnen der Umgebung sind lahmgelegt. Die Bahndamme sind zum Teil unterspült. zum Teil durch Erdrutsche verschüttet. Viele Orte sind ohne Licht, da die Elektrizitätswerke zum Teil ebenfalls unter Wasser stehen. Grosse Schäden haben die Ueberschwemmungen auch in den Gemüseplantagen angerichtet.

SPD. Leipzig, 17. Dez. (Eig. Drahtb.) à Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den 42 Jahre alten Kraftfahrer August Jäger wegen Kriegsverrats zu zehn Jahren Zuchthaus.

Jäger, der am 14.April 1915 an der Westfront zu den Franzosen übergelau= fengist, hat nach der Geberzeugung des Gerichts den damals geplanten Gasan griff von Langemarck verraten. Das Gericht bezeichnete es als strafmildernd, dass der Verrat keine nachteiligen Folgen für Deutschland gehabt habe. Der am 22. April durchgeführte Gasangriff sei trotzdem geglückt. Die Gerichtsver=

handlung konnte die bereits 17 Jahre zurückliegenden Vorgenge nicht restlos

Umsomehr schlägt dieser Prozess und sein Urteil jedem gesunden Volks= empfinden ins Gesicht. Das nach beinahe zwei Jahrzehnten eingeleitete Verfahren scheint nicht der Strafe wegen, sondern aus Gründen der Abschreckung für die Zukunft durchgeführt worden zu sein. Jäger büsst somit für die gegenwärtige nationalistische Hetze und Psychose, gegen die wir nicht scharf genug protestieren können. Wenn aber Verrat und Üeberlauf unbedingt heute, nach fast 20 Jahren, noch gerächt werden sollen, dann ist die Frage am Platze, wann das Reichsgericht das Verfahren gegen den Exkronprinzen und andere Herren eröffnet?

SPD. Kottbus, 17.Dez.(Eig.Drahtb.) Der SS=Mann Hoffmann und der Nazi=Apotheker Heinrich aus Kottbus wurden am Sonnabend wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz vom Schwurgericht

mangels Beweise freigesprochen. Sie waren angeklagt, am 16. August ein Siedlungshaus des Bundes jüdischer Frontsoldaten in die Luft gesprengt zu haben. Während der Verhandlung stell= te sich heraus, dass Hoffmann eine Protituierte bestochen hatte, um von ihr ein eidlich bekräftigtes Alibizeugnis zu erhalten. Die SA=Zeugen machten. merkwürdig übereinstimmende Aussagen, während ein mit den Nazis sympathisie= render Zeuge die Angeklagten schwer belastete. Der Staatsanwalt liess die Ansklage auf vorsätzliches Verbrechen fallen und beantragte gegen Hoffmann wes gen Beihilfe zum Verbrechen 13 Jahre Zuchthaus und gegen Heinrich 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht sprach die Angeklagten trotzdem auf Kosten der Staats= kasse frei.

In der Urteilsbegründung heisst es, das Gericht habe sich weder auf die Zeugenaussagen noch auf die Indizien verlassen können. Es könne aber keine * Rede davon sein, dass die Freigesprochenen als Unschuldige den Gerichtssaal verlassen. Es laste auf ihnen ein schwerer Verdacht, es fehlten nur die Be= weise, dass sie an dem Verbrechen beteiligt waren.

Das Urteil änert nichts an der Tatsache, dass Nationalsozialisten das Verbrechen begangen haben.

SPD. Unter dem dringenden Verdacht, den Berliner SA.-Mann Thielsch erschossen und zwei andere Nazis schwer verwundet zu haben, wurden am Sonn= abend in Berlin vier Kommunisten verhaftet.

Die Tat ereignete sich im September 1931 in einem Verkehrslokal der: Na= zis in der Berliner Gneisenaustrasse. Die jetzt Verhafteten sollen ehemali= ge Rotfrontkumpfer sein, die nach dem Tode von Thielsch nach Russland verschwanden.

> Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören Montag=Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

-- Aús mett

Immertreu nimmt Rache!

Unterweltliches in Moabit. - "Geschäfte" der Nacht... - Ein aufschlussreicher Totschlagsprozess.

SPD.Des Berliner Sondergericht verurteilte am Sonnatend den 35jährigen: Klempner Erich Pukall, ehemals Mitglied des Ringvereins Immertreu, wegen versuchten Totschlags in drei Fällen zu vier Jahren Zuchthaus. Die Verhandmitung gewährte einen interessenten Einblick in die "Sitten und Gebräuche" der Berliner Unterwelt.

Der Kreis der Zuverlässigen Der 17 mal vorbestrafte Angeklagte gab vor Gericht zunächst eine ause führliche Schilderung der Tätigkeit "seines" Vereins. Es werden nur Personen aufgenommen, die auf Grund ihres langen Strafregisters und ihres bisherigen Lebenswandels im Vereinssinne als besonders "zuverlässig" bezeichnet werden können. Das Eintrittageld beträgt 50 Mark, der wöchentliche Beitrag 1 Mark... Das einkommende Geld dient u.a. "wohltätigen" Zwecken: Angehörige inhaftier= ter Vereinsmitglieder werden damit unterstützt, Rechtsanwälte werden gestellt, Begräbniskosten bestritten usw. "Wenn einer etwas ausgefressen hat" weinte der Angeklagte, *dann unterstützt ihn der Verein radikal.* Vors.: "Was heisst des: radikal unterstützen?" Angeklagter: "Wenn ein Mitglied mit einem Aus= . senstehenden etwas zu tun hat, wird die Sache nicht zu zweien ausgetragen, sondern der andere wird einfach gepackt und niedergeschlagen. Aus Angst vor der Unterwelt erstattet er dann bestimmt keine Anzeige. Vers .: Was ver= stehen Sie unter Unterwelt?" Angeklagter: "Zur Unterwelt gehören die Leute, die sich von Geschäften ernähren, die nachts getätigt werden." Vors.: "Also Einbruch und Diebstahl. Gehören auch Leute dazu, die die Sachen verschärfen?" Angeklagter: "Ja, auch solche." Vors : "Wie sind Sie denn in den Verein ge= kommen?" Angeklagter: "Ich habe Glücksspiele veranstaltet und war dadurch bekannt."

Die Schlacht im Wartesaal. Pukall bekam kurze Zeit nach seinem Eintritt in den Verein Differenzen. Seine Genossen schlossen ihn aus. Von diesem Augenblick an fühlte er sich dauernd verfolgt. Als er eines Abends im Wartessal des Bahnhofs Alexander= platz bei der "Arbeit" überrescht und schwer misshandelt worden war, ver= legte er sein Arbeitsfeld in eine andere Gegend. Aber auch dort lauerte manihm auf, auch dort - es war gerade am Totensonnteg - wurde er verprügelt. Er rief nunmehr den "Bundesvorsitzenden" Leib an und bat ihm um Schutz. Leib er ist der Gebieter über sämtliche Berliner Ringvereine - sicherte ihm zunächst eine *Karenzzeit* von 24 Stunden zu; enschliessend gewährte er ihm eine Aussprache. Pukall erklärte jetzt vor Gericht, dass er gefürchtet habe, dass er nach der Karenzzeit "fertiggemacht" werden sollte. Tatsächlich en= dete such die "Aussprache", zu der er sich einfand, damit, dass er von Leib, Szymalle und einem dritten niedergeschlagen und auf die Strasse geworfen wurde. Als er sich wieder einigermassen erholt hatte, besorgte er sich aus: der Müntstrasse eine Pistole, kehrte in das Lokal zurück und streckte Szymal= la durch einen Bauchschuss nieder. Angeblich will er vorher bei Szymalla "eine verdächtige Bewegung" gesehen haben. Nach der Tat flüchtete Pukall,

die Vereinsbrüder rannten hinter ihm her - Pukall schoss abermals: Leib und ein gewisser Goldfinger, die unter den Verfolgern waren, brachen zu= sammen. Nach wenigen Tegen stellte sich Pukall auf dem Polizeipräsidium. Er fürchtete die Rache der Unterwelt.

Der als Zeuge vernommene Kriminalkommissar Kanthack sagte aus, dassa das Verhalten des Angeklagten, der vor der Schiesserei übrigens um polizzeilichen Schutz gebeten habe, durchaus verständlich sei. Der Verein Immerztreit, der vor Jahren bei einer grossen Schlacht mit den Zimmerleuten am Schlesischen Bahnhof hervorgetreten sei, habe jedoch noch einen verhältniszmäßig guten polizeilichen Leumund im Gegensatz zu den ringfreien Vereinen. Ein aus einem ringfreien Verein ausgeschlossenes Mitglied würde von seinen ehemaligen Freunden dauernd verfolgt werden und befinde sich geradezu in einer furchtberen Situation. Auch die Frage des Vorsitzenden, warum Pukall aus "Immertreu" ausgeschlossen worden sei, beantwortete der Zeuge: "Der zangeklagte habe sich für einen gewissen Janek, der "fertiggemacht werdensollte, eingesetzt. Diese Stellungnahme habe als "vereinswidrig" gegolten...

Der gleichfalls als Zeuge vernommene Vereinsvorsitzende Leib behaup=
tete, dass Pukall von niemenden bedroht worden sei, als er das Lokal zum
zweitenmal hetreten habe. Bei der "Aussprache", die der Schiesserei vor=
herging, habe der Angeklagte "nur einige Ohrfeigen" erhalten. Ausserdem sei
die Zeugenaussage des Kriminalkommissars falsch: Pukall ware auf Beschluss
der Generalversammlung des Vereins ausgeschlossen worden, weil er mit be=
waffneten Personen Umgang gehabt habe. Es bestehe für die Mitglieder des
Vereins Immertreu ein Waffenverbot. Vors.: "Es ist ja sehr viel verboten;
was dann doch gemacht wird. "Zeuge: "Mir ist davon nichts zur Kenntnis ge=

kommen."

Der Steatsenwalt beantragte gegen den Angeklagten fünf Jahre und einen Monat Zuchthaus. Er räumte in seinem Plädoyer ein, dass des Bestehen der Ringvereine vom polizeilichen Standpunkt aus vielleicht in mancherlei Beziehung wünschenswert sei, meinte aber, dass die Justiz ihrerseits die Pflicht habe, das Treiben dieser Vereine mit allen Mitteln zu unterbinden. Diese Vereine seien mit einem giftigen Schwamm zu vergleichen, der das gezamte Verhrechertum der Grosstadt aufsauge. "Diese Vereine", führte der Staatsenwalt weiter aus, "machen sich nicht nur den Schutz des Verbrecherztungs zur Aufgabe, sondern terrorisieren ganze Strassenviertel und gehen gegen jeden mit den schärfsten Mitteln vor, der sich zur Wehr setzen will. Der Angeklagte hat nicht in Notwehr gehendelt. Er ist misshandelt worden und dafür wollte er sich rächen."

Gontard klagt! Der umstrittene Bullerjahn-Zeuge, Generaldirektor Paul von Gontard, früherer Leiter der Berlin-Karlsruher Industriewerke, hat den Sekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte verklagt. Der Sekretär der Liga, Kurt Grossmann, hat öffentlich hehauptet, dass der Zeuge Gontard von dem Reichsgericht seine Eidespflicht verletzt habe. Ausserdem erhob Herr von Gontard Privatklage gegen Bullerjahns Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rossenfeld, der in einem Zeitschriftenartikel gleichfalls Ferrn von Gontards Tätigkeit in der Sache Bullerjahn einer heftigen Kritik unterzogen hat.

Flugzeugabsturz. Am Sonnabend Nachmittag stürzte über dem Flugplatz Berlin-Johannisthal die Maschine D 1985 der Akademischen Fliegergruppe Leipzig aus beträchtlicher Höhe ab. Der Pilot verunglückte tödlich; ein Passagier erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

4

Wilhelm nicht gefragt. Am Sonnabend nachmittag wurden in den Räumen einer grossen Berliner Kunsthandlung "Kostbarkeiten aus einer fürstlichen Schatzkammer" versteigert. Die angebotenen Armbänder und Ringe, juwelenbesetzten Hausaltäre, goldenen Briefbeschwerer mit Perlen und Rubinen, Petschafte, Schnallen, Bildnisminiaturen, Nadeln und Dosen stammen, wie inzwischen bekannt geworden ist, zum grossen Teil aus dem Besitz der Romanows. Der Materialwert mochte in die Millionen gehen, der Kunstwert war bei vieslen Gegenständen zweifelhaft. Es wurden keine hohen Preise erzielt, für viele "Kostbarkeiten" fanden sich überhaupt keine Interessenten. Auch für eine grüne Onyxdose, die auf ihrem Deckel in üppiger Brillantfassung eine Emailleminiatur Wilhelms II. zeigte und die vom Auktionator auf 2 150 Mark geschatzt war, trat kein Liebhaber auf den Plan.

Benzin aus Salpeter! Der in Sentiago de Chile tätige Chemiker Swoböda, ein früherer österreichischer Fliegeroffizier, entdeckte in gemeinsamer Arebeit mit einem chilenischen Kollegen ein Verfahren zur Gewinnung eines völle wertigen Benzin-Ersatzes aus Salpeter. Das neue Salpeter-Benzin soll nur halb soviel wie Original-Benzin kosten.

Juwelier und Diebin. Beamte der Berliner Kriminalpolizei verhafteten die wegen Taschendiebstahls wiederholt vorbestrafte 36jährige Frau Gertrud Syling. Die Festgenommene hat im März dieses Jahres in der Berliner Untergrundbahn eine junge Schauspielerin ihrer Handtasche beraubt. Die Tassche enthielt 700 Mark Bargeld und Juwelen im Werte von etwa 25 000 Mark. Die Nachforschungen der Polizei blieben seinerzeit vergeblich. Die Täterin verriet sich nunmehr, als sie einem Juwelier in Berlin-W einen der geraubsten Brillanten zum Kauf anbot. Der Juwelier empfang einen Gegensatz zwisschen der Kostbarkeit des Steines und der Erscheinung der "nur wenig feudal auftretenden" Fremden. Er liess die Dame von Polizeibeamten festnehmen und sah sich nicht getäuscht. Die Diebin legte ein Teilgeständnis ab. Das getraubte Geld hat sie inzwischen verbraucht. Ein Teil der Juwelen wird noch gesucht.

Doppeltes Todesurteil. Das Schwurgericht Torgau verurteilte am Sonn= abend den 20 Jahre alten landarbeiter Walter Liess aus Braunsdorf, Kreis-Wittenberg, wegen Vatermords, sowie seine Mutter wegen Anstiftung, zum Tode. Der der Mitwisserschaft beschuldigte 14 Jahre alte Willi Liess wurde begingt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Schussfreudiger Förster. In einem Wald in der Nähe von Sanzkow (Kreis Demmin, Vorpommern) hat ein Förster einen aus Kreuz stammerden Siedler erschossen. Der Förster hatte den Siedler beim Holzsammeln überrascht. Er glaubte sich zur Gebrauch der Waffe berechtigt, weil der Siedler auf Anruf nicht stehen blieb.

Verschollen..., Die französische Motoryacht "Sita", die Ende November von den Kapverdischen Inseln aus zu einer Filmexpedition rach dem südameriskanischen Amazonasgebiet ausgelaufen war, ist verschollen. Da das Schiffnur für 10 Tage Brennstoff an Bord hatte, ist zu befürchten, dass die "Sita" den südatlantischen Stürmen der letzten Tage zum Opfer fiel. An Bord des dem Baron Pothschild gehörenden Schiffes waren ausser der Besatzung 16 Personen, unter ihnen drei Deutsche: das junge Künstlerpaar Lary und Gold und ein Fräulein Margarete Schultz.



Benzinkampf in Persien.

SPD. Persischer Golf, Dezember 1932.

·i

In Persien kämpft man wieder einmal um Petroleum. Vorläufig, auf der persischen Seite, mit Vertragskündigungen und, auf der englischen Seite, mit Konzentration von Kriegsschiffen in der Nähe des Persischen Golfs. Die persische Regierung, sehr wahrscheinlich von Russland gestützt, firmiert ihre Mässnahmen als Kampf gegen den englischen Imperialismus und gegen die wucherische Ausbeutung der Oelkonzerne. Auf englischer Seite redet man von der Heiligkeit der Verträge, die man nicht brechen darf, und man darf Englandglauben, dass es die persischen Oelverträge unter keinen Umständen brechen lassen wird; denn das persische Benzin ist das Kraftreservoire für die engelische Flotte ausserhalb des Allantischen Ozeans, insbesondere für die Schiffe in den indischen Gewässern.

Im Mai 1901 erhielt ein reicher Engländer William D'Arcy die Konzession für die Ausbeutung der Petroleumquellen in Südpersien. Damals ahnte man, we= nigstens in Persien, nicht, wie reich diese Quellen sind. Sie wurden won den damaligen Machthabern in Persien für ein Butterbrot verschleudert, wobei man steh noch einbildete, die Engländer über die Löffel balbiert zu haben. Sieben Jahre später ging die Konzession auf die Anglo=Persian=Oil=Company über. Der Aufschwung in der persischen Oelindustrie trat eigentlich erst in den Nachkriegsjahren ein, als man neue reiche Quellen entdeckte. Heute steht die persische Petroleumförderung an vierter Stelle in der Weltproduktion. obwohl die Vorräte nur zu einem Bruchteil ausgenutzt werden. Die englische Gesellschaft, deren Aktienmajorität sich in der Hand der englischen Regie rung befindet, dürfte auch jetzt in der Krise noch 30 ooo persische Arbeiter beschäftigen. Sie werden mit berüchtigten Kolonialmethoden bis aufs Blut ausgebeutet. Die Arbeitszeit beträgt etwa 10 Stunden pro Tag. Dafür werden, nach deutschem Geld, 50 bis 70 Pfennig pro Tag bezahlt. Die Arbeiter werden wie Sklaven behandelt. Unter den tollsten Schikanen nimmt man Lohnabzüge vor. Die Bildung von Gewerkschaften ist natürlich verboten. Selbst Abend= kurse, in denen man den Arbeitern das Lesen und Schreiben beibringen wollte. hat die englische Gesellschaft verboten.

Die Resa-Chan=Regierung, die behauptet, jetzt den Krieg gegen den englischen Imperialismus und die Ausbeutungsmethoden der Anglo=Persian zu führen, hat diese Zustände, so lange sie an der Macht ist - und das sind fast
ll Jahre -,geduldet sogar die Anglo=Persian weitgehend dabei unterstützt.
Als es im Mai 1929 zu einem Streik in Abadan kam, setzte die Resa=Chan=
Regierung ihre Truppe zugleich mit englischen Kriegsschiffen zur Unterdrük=
kung der Petroleumarbeiter ein. Sie liess rund 100 Streikführer deportieren.
Zum Dank für die Streikhilfe errichtete die Anglo=Persian in Ahwas und imHafen Mohamareh zwei kostbare Denkmäler für Resa-Chan. Die Arbeiter mussten
auf ihre Streikforderung, Gewerkschaften bilden zu dürfen, verzichten.

Der Grund für den persisch-englischen Petroleumkrieg liegt auch, wie meistens bei derartigen nationalistischen Aktionen, auf materiellem Gebiet. Nach den bestehenden Verträgen hat die Anglo-Persian 16 % des Reingewinns an die persische Regierung zu zahlen. So lange diese Zahlungen immerhin be-

beträchtlich waren, fand die nesa-Chan=Regierung den Konzessionsvertrag in Ordnung. Nun hat aber die Anglo=Persian die Zahlungen an die persische Re= gierung für das Jahr 1931 stark gedrosselt. Für 1930 zahlten die Engländer noch 1,3 Millionen wirkliche Pfund Sterling; für 1931 wurden die Zahlungen auf 306 ooo entwertete Pfund Sterling ermässigt. Buchmässig wird diese Drosselung in Ordnung sein, da eine Gesellschaft wie die Anglo=Persian selbst= verständlich beliehige Gewinn= und Verlustrechnungen konstruieren kann. Abei die persische Regierung behauptet jetzt, von den Engländern über die Löffel balbiert worden zu sein, und hat den Vertrag gekündigt. Es geht also durchaus ums liebe Geld. Hätte die Anglo=Persian nicht so sehr gespart, dann hätte die Resa-Chan=Regierung nicht ihr nationalistisches Herz entdeckt. Die Kündigung des Vertages soll nur ein Druckmittel sein, um die englischen Zahlungen Wiede zu erhöhen. Andererseits ist die Vertragskündigung ein geschicktes Manöver, um den breiten Massen in Persien etwas wie Kampf gegen den englischen Imperi= alismus vorzumachen; ist doch das gegenwärtige Regime in Persien durch eine Reihe von wirtschaftlich unsinnigen Massnahmen, wie die übereilte Einführung einer Goldwährung, seit langem stark erschüttert. Monatelang besteht faktisch in Persien schon der Belagerungszustand. Man braucht also ein Ablenkungsmanöver. Durchaus falsch ist es zu glauben, die Aktion der persischen Regierung sei eine antiimperialistische volksbefreiende Tat.

Historisch gesehen offenbart der Kampf in Persien den Niedergang des englischen Impertalismus. Der alte Imperialist Chamberlain würde sich im Grabe umdrehen, wenn er hörte, welche Töne selbst halbkoloniale Länder wie

Persien im Verkehr mit der englischen Regierung anschlagen.

sen appelliert.

7:

seinen Bericht für das Jahr 1932 vor, in dem er sich im grossen und ganzen hinter das Wirtschaftsprogramm der Regierung stellt. Die Riesensubventioner an das Unternehmertum - Kreditauswertung durch Schaffung von Steuergutscheisnen - werden selbstverständlich verteidigt; aber es habe, so heisst es weiter, schmerzlich berührt, dass dieses Programm durch starke Gegenwirkungen um einen Teil seines psychologischen Erfolgs gebracht worden sei. Unter den Gegenwirkungen erwähnt der Jahresbericht die "Machtkämpfe der Parteien" und auch die Handelspolitik der Regierung. Vergessen wird leider der Hinweis dar auf, wie sehr der notverordnete Lohnabbau und die neue Kaufkraftdrosselung dem Programm geschadet haben.

Wichtig ist ein Hinweis auf die Verschuldung der deutschen Gemeinden:
"Sie hätte nicht eintreten können, wenn nicht das Reich die Gemeinden mit Wohlfahrtsausgaben belastet hätte, die im Verlauf der Krise alle vorausberechenbaren Dimensionen überstiegen, und wenn nicht die Erschütterung des Vertrauens und die dadurch mit verursachte Verwüstung des langfristigen Kappitalmarktes der Möglichkeit einer Konsolidierung der kurzfristigen Anzleihen hindernd im Weg gestanden hätte. Der Wiederaufbau des deutschen Kommunalkredits sei wichtigste Voraussetzung des gesamten deutschen Wiederaufsbaus. Die sachlichen Grundlagen des Aredits der deutschen Städte sind, auf lange Sicht betrachtet, gesund und entwicklungsfähig." Im Falle der beiden Städte Köln und Frankfurt wird an die Hilfe des Reichs und des Landes Preus-

SPD. Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler ist am Sonnabend als <u>Keichskommissar für Preisüberwachung</u> zurückgetreten. Er wird durch Dr. Heintze, Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, ersetzt.

Dr.Goerdeler hat in der grossen Tragodie der Deflationspolitik die sa= tyrische Rolle gespielt. Der Oeffentlichkeit versuchte man die Aufgabe des 8 Reichspreiskommissars so darzustellen, als wolle und könne man mit den Löh nen zugleich die Preise entsprechend senken. Diese Zielsetzung war natür= lich Unfug, hätte auch dem Ultimatum des Unternehmertums nach einer einseiti= gen Entlastung, dem man nachkam, nicht entsprochen. Mit der Tätigkeit Goerdelers ist viel Aufwand nutzlos vertan worden. Wo der Reichspreiskommissar hät= te eingreifen können, bei den Kartellen und den Trusts, bei den Syndikaten und Konventionen, hat man glatt versagt. Man wollte dort nicht eingreifen. Das hätte zu dem ganzen wirtschaftspolitischen Kurs nicht gepasst. Ab unserm Urteil ändert auch die berühmte Preissenkung nichts, die unter der Aera Goerdeler-Bruning genau vor einem Jahre eingeleitet wurde. Die verordnete Preissenkung erwies sich in der Praxis als Preisschutz. Ohne diesen Schutz hätte die Krise selbstverständlich zu einem viel grösseren Freiseinbruch geführt. Die Wirtschaft, die Goerdeler im Anfang stark angegriffen hatte, merkte das sehr bald und verhielt sich gegenüber Goerdeler entsprechend. Durch den Goer= delerschen Preisschutz kam es zu der fürchterlichen Blutleere der Kaufkraft, die die Wirtschaft im Jahre 1932 weiter ruinierte und heute noch wirkt.

SPD. Auch in der zweiten Dezemberwoche hat sich die Währungsreserve der Reichsbank verringert und zwar um 1,9 Millionen Mark auf 916,1 Millionen Mark. Die Ausleihungen der Bank verringerten sich um 57,6 Millionen auf 3 157 Millionen Mark. Die Deckung der Noten machte 26,9 % aus gegen 26,7 % in der Vorwoche.

SPD. Die Volksfürsorge Gewerkschaftlich-genossenschaftliche A.G. gibt ihren Auftragseingang für den Monat November mit 15 655 an gegenüber 13 218 im Oktober. Der Auftragseingang, der im August 10 025 betrug, hat sich von Monat zu Monat stärker gesteigert. Auch für den Monat Dezember wird ein höscheres Auftragseingang erwartet.

SPD. Der Jahresbericht der Berliner Industrie= und Handelskammer ist auf einen reichlich optimistischen Ton gestimmt, der in den sachlichen Dare legungen keine rechte Stütze findet. Die internationale Wirtschaftsent= wicklung wird so beurteilt, dass von der jetzt erreichten Ebene der Aufstieg möglich sei. Die Vorratsstatistiken für die Rohstoffe auf den internationa= len Märkten sind aber so wenig erfreulich, dass auch die Handelskammer mit allem Nachdruck betont, dass eine Besserung der Weltwirtschaftslage nur unster Aufrechterhaltung der jetzigen Erzeugungsbeschränkungen möglich sei.

Die deutsche Handelspolitik des vergangenen Jahres wird scharf kriti=
siert. Gleitzölle, die jetzt von agrarischer Seite anstelle der Kontingen=
tierungen propagiert werden, könnten nur der Spekulation erwünscht sein. Na=
türlich bekennt sich die Handelskammer zum Ankurbelungsplan Papens und warnt
vor einer Ausdehnung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung. Wenn sie der An=
sicht ist, dass die geringen Auswirkungen des Papenplans kein Zeichen für

sein Versagen seien, so mutet das etwas komisch an.

Interessant sind die Ausführungen über das Ausmass des deutschen Exports nach Sowjetrussland. Im Jahre 1931 machten die russischen Bestellungen in Deutschland 900 Millionen Mark aus. Leider habe die Devisennot Russlands zu einer Einschränkung der russischen Bestellungen geführt, sodass in diesem Jahre in den ersten neun Monaten Waren nur für 350 Millionen Mark bestellt wurden. Für das ganze Jahr könne man mit Gesamtaufträgen von etwa 450 Millisonen Mark rechnen. Die Belebung der deutschen Einzelhandelsumsätze, die im Herbst nach dem Ansteigen einzelner Rohstoffpreise zu verzeichnen war, ist nach wenigen Tagen wieder verflogen. Der Gesamtumsatz der deutschen Volks=wirtschaft wird für das erste Halbjahr 1932 auf 50 bis 60 Milliarden Mark geächätzt, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang bis 20 %.

SPD. Die Engelhardt-Brauerei A.G., die für das verflossene Geschäfts=
jahr eine Dividende von 5 % gegen 8 % im Jahre vorher ausschüttet, hat ihre
Abschreibungen dieses Mal beträchtlich gesteigert. Sie machen insgesamt 2,8
Millionen Mark aus gegenüber 2 Millionen Mark im Vorjahre. Anscheinend gab
es im Engelhardtkonzern eine Reihe von faulen Sachen, die notgedrungen ab=
geschrieben werden mussten. Dabei hat man stille Reserven herangezogen. Der
vor einigen Tagen gemeldete häusliche Streit bei Engelhardt, den man zunächst
ausschliesslich auf die Allüren des Generaldirektors Nacher zurückführte,
scheint danach seinen letzten Grund darin zu haben, dass Meinungsverschieden=
heiten über die Bilanzbereinigung entstanden sind.

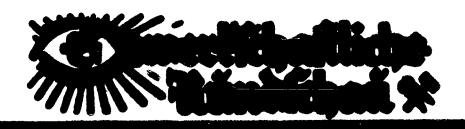
Geringere Nachfrage.

(Berliner Getreidemarkt vom 17. Dezember)

SPD.Die Belastung durch allzu starkes Angebot, die in den Vortagen immer wieder in Erscheinung trat, hatte sich am Sonnabend etwas gemildert; jedoch liess auch die Nachfrage bedeutend nach. So mussten die Stützungszstellen schon recht bedeutende Opfer bringen, um die Weizennotierung für Dezember um eine halbe Mark zu steigern. Die übrigen Notierungen blieben unz verändert. Am Promptmarkt ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen. Der Preisstand konnte auf Grund grösserer Käufe der Stützungsstellen gehalzten werden. Die Marktlage für Hafer war etwas gebessert. Im Mehlgeschäft blieb die Situation unverändert.

**************************************	16.12.	17.12.
	(ab märkische	
Weizen	186 = 188	186 - 1 88 .
Roggen	152 - 154	152 - 154 *
Rraugerste	166 = 1.75	166 - 175
Futter- und Industriegerste	158 = 165	158 = 165 ·
Hafer	114 - 119	114 - 119
Weizenmehl	23,50-26,40	23,50=26,40
Roggenmehl	19.00-21,40	19,00=21,40
Weizenkleie	9,00= 9,40	9,00= 9,40
Roggenkleie	8,70= 9,00	8,70= 9,00

3



Ewiges Elend.

Heimarbeit in der Porzellanindustrie.

sponsie ist wieder da - die Heimarbeitseuche. So schlimm wie nie je zuvor. In den ersten Jahren nach dem Krieg und auch noch einige Jahre nach der Inflation gab es in der Porzellanindustrie keine Heimarbeit mehr. Es ging viele Jahre auch ohne Heimarbeit, und die Betriebe gingen nicht zu Grunde. Mit den Schrecken der Krise hielt auch die Porzellan-Heimarbeit wieder in den entlegenen thüringer Waldorten ihren Einzug. Vor allem sind es die Bezirke um Gräfenthal, Probstzella, Lippelsdorf, Taubenbach und Wallendorf herum, in denen heute Heimarbeiter für die Porzellanindustrie are beiten. Auch in dem Bezirk um Katzhütte herum mit den Orten Meuselbach, Limbach, Oberweissbach usw. grassiert die alte Seuche wieder.

Im Reichstarifvertrag für die Gautsche Feinkeramikindustrie, der fast ununterbrochen seit 1919 besteht und immer allgemeinverbindlich erklärt war und heute noch ist, sind auch die Iohn- und Arbeitsverhältnisse der Reim= arbeit tariflich geregelt. Aber heute in der Krise fragt niemand nach dem Parifvertrag, und auch die Behörden, Gewerbeinspektionen und Polizei inter= essieren sich für Kinder- und Ueberzeitarbeit leider nur wenig. Dabei steht fest, dass die Heimarbeit in der Porzellanindustrie keineswegs notwendig ist. Alles, was jetzt zu Hause von den Arbeitern gearbeitet wird, kann viel besser in der Fabrik hergestellt werden. Die Heimarbeit in der Porzellan= industrie entspringt keiner inneren Notwendigkeit; sie ist auch nicht in. der Eigenart der Fabrikation begründet. Auch bietet die Heimarbeit in der Porzellanindustrie dem Arbeiter gar keine Aussicht, sich später einmal ir gendwie selbständig zu machen; denn die Febrikanten, die Heimarbeit ausge= ben, halten die Heimurbeiter nach wie vor in steter Abhängigkeit; sie können das, weil der heimarbeitende Porzelliner noch mehr wie jeder andere Heim= arbeiter nur Teilarbeiter ist.

So hat der Heimarbeiter selbst nicht das geringste Interesse an dem Bestand einer Eirrichtung, unter der er selbst am meisten zu leiden hat Aber der Heimarbeiter kann besser ausgebeutet werden als der Arteiter in der Fabrik. Das allein ist der Grund, warum die Porzellanfabrikanten die Heimarbeit begünstigen. Die Unternehmer können rechnen; sie wissen, dass ihnen die Heimarbeit ihr Risiko erleichtert, die fiktiven Lasten der Arbeiterversicherung vermindert, Miete, Beleuchtung und andere Nebenausgaben erspart und die Löhne stärker drücken und die Arbeiter auseinandertreiben hilft. In den Betrieben stehen grosse, helle Malersäle leer, während die Heimarbeiter zu Hause in niedrigen Stuben, in denen gleichzeitig gekocht und geschlafen wird, arbeiten müssen. Aber der Heimarbeiter ist eben eine billige und willige Arbeitskraft.

Eine Heimarbeiterin verdient bei 60- und mehrstündiger Arbeitszeit

1 bis 3 Mark. In kirderreichen Familien, wo die Kleinen schon bei der Arbeit
mithelfen müssen, ist der Verdienst um eine Kleinigkeit höher. Stundenlöhne
von 7 bis 10 Pfennig sind keine Seltenheit, und dabei müssen die Arbeiten
fein seuberlich nach Muster ausgeführt werden. Wehe, wenn nicht alles in

Ordnung ist. Was beenstandet wird, muss unentgeltlich ausgebessert werden. Und was sagt der Heimarbeiter zu diesem Elend? Er will natürlich für den Hungerlohn nicht arbeiten. Er schimpft und hallt die Faust in der Tasche. Ab und zu beschwert sich auch einmal einer, der Mut hat, auf den Kontoren, und verlangt Aufbesserung der schlechten Stückpreise. Die Antwort lautet dann stets, wer es nicht machen könne, müsse auf die Arheit vers zighter, der Kunde zahle nicht mehr. In Gräfenthal arbeiten die Heimarbei= ter für 1 und 2 Mark in der Woche und muksen sich nicht. Wer aufbegehrt, bekommt einen Anschnauzer und fliegt. Und so wendert der hungernde Heims arbeiter von einer Firma zur anderen, und findet überall die gleichen Vers hältnisse, die gleichen Ausreden. Jeder Unternehmer beschwert sich über die Konkurrenz, die an den niedrigen Preisen und den schlechten Löhnen schuld sei. Aber von diesem oberfaulen Gerede wird der Heimarbeiter nicht satt, und die Preisdrückerei bringt die Porzellanindustrie auf den Hundt Naturlich hat auch der Akkordarbeiter in den Betrieben unter dieser Miss= wirtschaft zu leiden. Bei jeder Gelegerheit bekommt der Betriebsarbeiter zu hören, dass er durch Heimarbeiter ersetzt werden könne. Gewiss gibt es in der Porzellanindustrie auch einsichtige Arbeitgeber, Sie verwerfen die Heimarbeit aber sie tun auch nichts, um der Heimarbeitseuche zu steuern, Und so feiert die Ausnutzung der Menschenkraft, die auch vor Frauen und Kindern nicht halt macht, heute wieder wahre Orgien.

Vom Gesetzgeber ist keine Hilfe zu erwarten. Alle Arbeitschutzgesetze sind ja in letzter Linie nur paragraphierte Anerkennung der Erfolge, die die organisierten Arbeiter durch ihre eigene Kraft bereits errungen haben. Wenn die Arbeiter die Heimarbeit, diese besonders gefährliche Spielart der kapitalistischen Ausbeutung, nicht ausrotten, dann wird sie ewig bestehen bleiben, und ausrotten können die Arbeiter sie nur durch die Kraft der Ge=

werkschaften.

SPD. Das Internationale Bergarbeiterkomitee hat dieser Tage in Brüssel durch eine beachtsame Willenserklärung von neuem einen Vorstoss für internationale Kohlenverständigung unternommen.

Das Komotee nahm eine Anzahl von Situationsberichten entgegen, die alle den Ernst der lage des europäischen Kohlenbergbaus beleuchten. In Por= tugal sind 2 000 Bergarbeiter in Streik getreten, weil ihre lebensverhält= nisse ausserordentlich schlecht sind. Aus Belgien konnte eine leichte Bes= serung der Lage berichtet werden; sie drückt sich auch in einer Verminderung der Haldenbestände von etwa 4 Millionen auf 2,4 Millionen Tonnen aus. Die belgischen Löhne, die nach dem Streik zunächst bis zum l. November stabili= siert waren, bleiben bis zum l.Januar unverändert in Kraft. In England, wo; die löhne noch bis Mitte des nächsten Jahres festliegen, sind schon jetzt Verhandlungen im Gange, um zu einem neuen Reichstarif zu kommen; die Zechenbesitzer leisten Widerstand. Die von den deutschen, französischen, luxemburgischen und holländischen Bergarbeitervertretern gegebenen Berichte rundeten das Bild der Lage der internationalen Kohlenwirtschaft ab. Es lässt wohl da und dort einige Lichtpunkte erkennen, im ganzen aber ist es noch immer so düster, dass die von der Bergarbeiterinternationale vorge schlagenen wirtschaftlichen und sozialen Hilfsmassnahmen nach wie vor dring= lich bleiben. Das internationale Komitee hat diese Sachlage nach näherer Prüfung der inzwischen in Genf und anderswo unternommenen Schritte in zwei Entschliessungen zum Ausdruck gebracht, die einstimmig angenommen wurden. Das Internationale Komitee - besagt die eine Entschliessung dert zur Lösung des Problems der internationalen Kohlenwirtschaft nach=

drücklich, dass die auf internationales Abkommen hinzielenden Vorschläge durchgeführt werden und verlangt vom Vorbereitenden Ausschuss der Weltz wirtschaftskonferenz, diese Vorschläge auf die Tagesordnung zu setzen, um sie zu einer baldigen Verwirklichung zu bringen.

Zur Arbeitszeitfrage erklärt das Komitee, es unterstütze die Forderung der internationalen Arbeiterbewegung auf Einführung der Vierzigstundens woche und verlange vom Internationalen Arbeitsamt, dass anlässlich der Bestatung dieser Frage auch die Ratifizierung des Genfer Abkommens von 1931 über die Arbeitszeit mit in Betracht gezogen wird.

SPD.Aktive Lohnpolitik - das ist die Losung, mit der der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband seine Beiratstagung, die dieser Tage in Leipzig
stattfand, abgeschlossen hat. Die ganze organisatorische Kraft des Verbandes
soll eingesetzt werden, um weitere Tarifverschlechterungen zu verhindern,
und darüber hinaus sollen Massnehmen getroffen werden, die einen Wiederauf=
stieg in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen ermöglichen. Hierzu gehört vor
allem die Sicherstellung der finanziellen Schlagkraft des Verbandes, und
hierfür fasste der Beirat in Leipzig wichtige Beschlüsse. Von einer Einstel=
lung der Unterstützungseinrichtungen wurde Abstand genommen; dafür wurde
die Karenzzeit zur Wiedererlangung der Unterstützungen um einige Wochen er=
höht; die Unterstützungssätze wurden, abgesehen von der Kranken- und Erwerbs=
losenunterstützung, etwas gekürzt. Für die örtliche und zentrale Verwaltung
wurden scharfe Sparmassnehmen getroffen.

Eine umfassende Werbearbeit scll durchgeführt, vor ellem soll die Bildung von Jugendgruppen und Jung-Hammerschaften gefördert und die Jugende arbeit systematisch betrieben werden. Das Verbandsorgan Bekleidungsarbeister wird ab 1. Januar in neuer graphischer Aufmachung erscheinen, um den Bestürfnissen der gewerkschaftlichen Arbeit mehr als bisher Rechnung zu tragen. Sowohl eine direkte wie eine indirekte Beteiligung im sogenannten Stülpenagel-Ausschuss wurde vom Beirat mit Entschiedenheit abgelehnt.

In seiner Stellungnahme zu dem Ergebnis der in Leipzig geführten zene tralen Tarifverhandlungen für das Masschneidergewerbe - wir haben darüber bereits berichtet - entschied sich der Beirat grundsätzlich für eine zentrale

Lohnrecelung.

Der Streik im Halleschen Kraftdroschkengewerbe wurde erfolgreich besendet. Die Schichtlohnsätze wurden wesentlich verbessert.

SPD.Die Verhandlungen zur Beilegung der Aussperrung im Halleschen Holzgewerbe, die am Sonnabend stattfanden, führten zur Fällung eines Schiedssprüchs durch den Schlichtungsausschuss. Der Spruch sieht eine Kürzung des Stundenlohns von 86 Pfennig auf 84 Pfennige vor. Die Arbeitgeber hatten einen Lohn von 80 Pfennig diktiert und alle, die sich nicht fügten, aussegesperrt. In den Schlichtungsverhandlungen hatten sie sogar einen Lohn von 78 Pfennig angeboten.